

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

März 2009

Nr. 3 · 5. Jahrgang

Wahlen

3 Superwahljahr 2009 – Teil 3
Soziale Bewegungen demonstrieren

LINKS im Rathaus

5 Servicebüro Jugendtheater
Kita ist Bildung

Waldstadt / Schlaatz

6–9 Integration am Schlaatz
30 Jahre Waldstadt II

„Wir sind keine schlechten Menschen!“

Bürgerversammlung zum geplanten Umzug des Asylantenheims an den Schlaatz

Ein Asylantenheim soll an den Potsdamer Schlaatz umziehen – vom absoluten Rande der Stadt ins Neubauviertel, aus

ehemaligen Schweineställen in ein modern hergerichtetes früheres Lehrlingswohnheim. Ein Thema, das nicht nur die

Medien bewegte, sondern vor allem auch BürgerInnen des betreffenden Wohngebietes. Die Räume im Bürgerhaus wa-

ren daher auch völlig überfüllt am 16. Februar (weit über 300 Personen).

Emotionen und Ängste kamen ans Licht: Ein Anstieg der Kriminalität, mehr Gewalt von und gegen Asylbewerber, mehr Dreck und Schmutz – all das wurde postuliert. Aber auch besonnene BürgerInnen nahmen das Wort. Atem, ein 40-jähriger Asylbewerber aus dem Kamerun (Foto), war entsetzt, dass man über Asylanten, Flüchtlinge, immer nur Schlechtes behauptete. „Wir sind keine schlechten Menschen!“, betonte der junge Mann. Und er erhielt letztlich den Beifall der Anwesenden. Der künftige Betreiber, das Diakonische Werk, die Stadtverwaltung und die Polizei nahmen die Hinweise aus der Diskussion mit und sagten entsprechende Maßnahmen zu. (Siehe Seiten 6/7)



Auf ein Wort...



Landesarmutskonferenz gegen „Hungerlöhne“

Von Andreas Kaczynski
Vorsitzender des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Brandenburg

Wir wollen uns in die gesellschaftliche Diskussion zur Armut- und Reichtumsdebatte in Brandenburg einmischen und der Spaltung der Gesellschaft in Arme und Reiche nicht mehr länger tatenlos zusehen. In der Gründungsveranstaltung am 31.1.2009 wurde ein fünfköpfiger Sprecherrat gewählt, der zukünftig die Interessen der ca. 30 Gründungsmitglieder vertritt. Mit ihnen hat der Sprecherrat eine starke Gruppe im Rücken, die ein breites gesellschaftliches Spektrum an Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen widerspiegeln. Sie haben sich die Aufgabe gestellt, das Thema Armut zu einem in der Öffentlichkeit präsenten zu machen. Kritisch äußert sich die Landesarmutskonferenz zum Thema prekäre Arbeitsverhältnisse und Langzeitarbeitslosigkeit. Von Arbeit muss man leben können. ‚Hungerlöhne‘ – oder wie es

(Fortsetzung auf SEITE 2)

Volksbegehren gegen neue Tagebaue erfolglos

Zum siebenten Mal scheiterte der Bürgerwille an formalen Hürden

„Keine neuen Tagebaue – für eine zukunftsfähige Energiepolitik“ – 25.168 Menschen unterschrieben für diese Politik. Das reichte jedoch nicht. Warum hat es nicht geklappt? Interessieren sich die Brandenburger nicht für ihre Umwelt, ist ihnen die Zukunft egal? Nein! Bei Umfragen, Gesprächen und Veranstaltungen erfuhr ich, dass sich die Menschen hierzulande mit ihrer Umwelt und einer ökologisch

nachhaltigen Klimapolitik beschäftigen.

Brandenburg wird von Mehr Demokratie e.V. als „demokratisches Entwicklungsland“ bezeichnet. Dem Vorwurf stimme ich nicht zu. Bezogen auf die Bevölkerungszahl bundesweit, sind hierzulande die wenigsten Unterschriften – 80.000 – für ein erfolgreiches Volksbegehren erforderlich. Das Unterschriftenquorum von derzeit 3,9 Prozent ist die bundesweit

niedrigste Beteiligungsvorgabe. Im Durchschnitt wird für ein erfolgreiches Volksbegehren die Unterschrift von mindestens 11 Prozent der Stimmberechtigten gefordert. Ferner stellt die Eintragungsfrist für ein Volksbegehren von 4 Monaten ein im Bundesvergleich längeren Zeitraum dar. Trotzdem kam nicht die erforderliche Anzahl von Stimmen zusammen.

Warum also hat es nicht ge-

klappt, diese Grundstimmung in ein Volksbegehren umzumünzen? Das Grundproblem des brandenburgischen Volksbegehrens ist – und hier ist dringend eine Weiterentwicklung notwendig – die Amtseintragung. Wer ein Volksbegehren unterstützen möchte, muss sich auf das für ihn zuständige Meldeamt begeben. Und dies wird angesichts langer Wege – vor allem in den ländlich geprägten und dünn besiedelten Räumen des Flächenlandes – sowie ungünstiger Öffnungszeiten zum Hindernislauf. Die Amtseintragung ist ein Volksbegehren-Killer! Es ist schwierig, selbst von dem Anliegen überzeugte Menschen in die Amtsstuben zu bewegen. Das bestätigt auch der Blick in andere Bundesländer. In jenen Ländern

**Wir zahlen nicht für eure Krise!
Für eine solidarische Gesellschaft**

**Samstag, 28. März 2009, 12 Uhr
in Berlin und Frankfurt am Main**



(Fortsetzung auf SEITE 2)

(Fortsetzung von SEITE 1)

neuerdings heißt ‚Niedriglöhne‘ - entwerten nicht nur die Tätigkeit, sondern halten die Betroffenen dauerhaft in Abhängigkeit von Sozialtransfers. Es gibt inzwischen Branchen, in denen der Personalmarkt nicht mehr ausgeglichen funktioniert. Angesichts hoher Arbeitslosigkeit und eines mitunter ruinösen Wettbewerbs scheinen allen Beteiligten ‚die Hände gebunden‘. Hier muss der Gesetzgeber auch verstärkt über die Festlegung von Mindestlöhnen nachdenken.

Kinderarmut per Gesetz ist verfassungswidrig

DIE LINKE begrüßt die Entscheidung des Bundessozialgerichts, nach der die Hartz IV-Regelleistungen für Kinder gegen das Grundgesetz verstoßen. Das ist eine Ohrfeige für die Regierungen Merkel und Schröder. Nachdem die soziale Realität von Hartz IV in den Gerichten zur Kenntnis genommen wird, fehlt diese Einsicht nur noch auf Seiten der Bundesregierung. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) – ihren Regierungskollegen manchmal weit voraus – forderte jüngst den Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) auf, er möge einen am Kindesbedarf orientierten Regelsatz für Kinder errechnen lassen – und sie hat Recht. Nur einen Tag später – im Kabinett – wurde sie

von ihren Kollegen eingeholt und interessierte sich nicht mehr für ihr Geschwätz von gestern.

Für einen kurzen Moment hatte sie begriffen, dass die Verfassungswidrigkeit der Ermittlung von Kinderregelsätzen in Hartz IV sonst bald auch vom Bundesverfassungsgericht bestätigt werden wird. Eine Karlsruher Blamage bliebe der Bundesregierung nur dann erspart, wenn sie umgehend reagiert und dem spezifischen Bedarf von Kindern endlich Rechnung trägt, so wie es DIE LINKE seit langem fordert. Denn Kinder sind eine eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenem Bedarf. Die geringfügige Anhebung der Regelleistungen nach SGB II bzw. XII für 6- bis 13-jährige Kinder im Konjunkturpaket

II ist dafür nicht ausreichend, auch wenn Scholz dies behauptet. Diese Erhöhung ist eine noble Geste der Bundesregierung – mehr aber nicht. Kinder und Jugendliche unter 6 und über 13 Jahre in Hartz IV gehen durch die Beschlüsse des Konjunkturprogramms fast leer aus. Eine altersspezifische Bedarfsermittlung für Kinder und Jugendliche ist durch das Konjunkturpaket nicht gelungen. Auch der Auftrag des Bundesrates, darin aktiv zu werden, bleibt unerfüllt.

Es wird Zeit zu handeln! Bis die Bundesregierung dem durch eine transparente Ermittlung des Kindesbedarfs gerecht wird, sollte sich eine altersspezifische Bedarfsermittlung für Kinder und Jugendliche an dem orientieren, was der Pa-

ritätische Gesamtverband vorgelegt hat. Demnach müssen bis 5-Jährige 276 Euro und 6-bis 13-Jährige 332 Euro statt bisher 211 Euro erhalten, während 14- bis 17-Jährige 358 Euro statt 281 Euro bekommen sollten. Erforderlich ist zudem eine sofortige Anhebung des Eckregelsatzes auf 435 Euro und dessen regelmäßige Anpassung entsprechend der Preisentwicklung. Für ein menschenwürdiges Leben der Familien hält DIE LINKE eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung für unentbehrlich.

Diana Golze,
kinder- und jugendpolitische
Sprecherin der Bundestags-
fraktion DIE LINKE

Windeln, Alkohol, Bildung – was braucht ein Kind?

Ein Kind braucht Geborgenheit, Perspektiven, Bildung und Orientierung. Doch in keinem europäischen Land sind die Bildungschancen von Kindern derart von ihrer sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland – ein ökonomischer Selbstmord auf Raten...

Null Euro für Windeln, dafür aber 11,90 Euro für alkoholische Getränke und Tabakwaren gesteht die Bundesregierung Säuglingen pro Monat im Regelsatz zu, unter anderem maßgeblich für Zahlungen nach Hartz IV. 15-Jährige erhalten keinen Cent für Bildung, dafür aber rund 16 Euro für Schnaps und Zigaretten. Was grotesk wirkt, ist Ergebnis der Logik, die Kinder als „kleine Erwachsene“ sieht und ihnen einen

prozentualen Anteil am Erwachsenen-Regelsatz zubilligt: 60% für Kinder bis 14 Jahre, 80% für Heranwachsende und Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren.

Der PÄRITISCHE Bundesverband (früher Paritätischer Wohlfahrtsverband) hat jetzt mit einer Expertise „Zur Bestimmung eines bedarfsgerechten Existenzminimums für Kinder nach dem Statistikmodell gemäß § 28 SGB XII (Sozialhilfe)“ neuen Schwung in die Diskussion gebracht. Als Konsequenz fordert er die Wiedereinführung einmaliger und atypischer Leistungen, die Dynamisierung der Regelsätze anhand der Lebenshaltungskosten, die Erhöhung der Regelsätze für Kinder und eine andere Aufteilung der Altersklassen sowie den Aufbau der Infrastruktur vor Ort, besonders in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport.

Die Untersuchung belegt, dass

die bisher gewährten 211 Euro (0 bis unter 14 Jahre) und 281 Euro (ab 14 bis unter 18 Jahre) viel zu wenig sind, und fordert 276 Euro für Kinder bis unter 6 Jahre, 332 Euro für Kinder von 6 bis unter 14 Jahre und 358 Euro für Jugendliche von 14 bis unter 18 Jahre.

Wichtiger noch erscheint aber die Feststellung, dass bei **Vorliegen der entsprechenden Infrastruktur zur gesellschaftlichen Teilhabe der Kinder der Regelsatz nur geringfügig erhöht werden müsste**. „Von der freien Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs über Familienpässe, die zum stark verbilligten, freien oder limitierten freien Eintritt in Museen, Kultur- und Sportveranstaltungen berechtigen, bis hin zu Vereinbarungen mit Sportvereinen ließe sich eine ganze Palette von Maßnahmen denken. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf die öffentliche Diskussion um Schulspeisungen

und tatsächliche Lernmittelfreiheit.“ (Dr. Ulrich Schneider, 2008, Expertise, Seite IX). Auch das ermäßigte 1-Euro-Schulessen in Potsdam kann nicht aus dem normalen Regelsatz bezahlt werden.

Zwar können wir in Potsdam auf die Höhe der Regelsätze nur mittelbar Einfluss nehmen, aber wir können eine Infrastruktur schaffen, die sozial, gerecht und solidarisch organisiert ist. Denkbar sind unter anderem:

- kostenloser ÖPNV für alle Kinder bis 18, bis 6 auch für ein Elternteil,
- kostenlose Vereinsmitgliedschaft für Kinder,
- kostenlose Nachhilfe durch die VHS,
- kostenfreier Eintritt in die städtischen Museen und Theater für Kinder und ein Elternteil,
- kostenfreie Abgabe nicht verkaufter Eintrittskarten am Veran-

staltungstag durch freie Theater an Kinder und ihre Eltern,

- kostenfreie Aufnahme bedürftiger Kinder durch Musikschulen,
- Organisation kostenloser Kinderbetreuung und Nachhilfe durch die Stadt, indem Anbieter und Nachfrage zusammengebracht werden,
- für alle finanzierbare Hortbetreuung und Kita-Plätze.

Das Ergebnis wäre eine wirklich familienfreundliche Stadt. Nicht alles wird man einführen können. Einiges aber ist heute notwendiger als morgen. „Unbezahlbar“, wird man uns entgegenhalten, „Sozialromantiker“ oder auch „Populismus“. Aber wie groß ist eigentlich neben dem moralischen der ökonomische Schaden, wenn wir rund 40% unserer Nachkommen in Armut belassen?

–ow- (gekürzt)

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE, Potsdam;
Günther Waschkuhn, Vorsitzender, Alleestraße 3, 14469 Potsdam.
REDAKTION: medienpunkt.potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam
Bernd Martin (V.i.S.d.P.); **Rainer Dyk**, Redakteur; **H. Jo. Eggstein**, Layout; **Jens Hörnig**, Reisen, Service; **Renate Frenz**, Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@gmx.net.
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00 „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrer Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

(Fortsetzung von SEITE 1)

Siebentes Volksbegehren ohne Erfolg

mit freier Sammlung sind 54,5 Prozent aller Volksbegehren erfolgreich, in Ländern mit Amtseintragung kommen dagegen nur 36,1 Prozent zustande, so der Mehr Demokratie e.V. in einer Stellungnahme.

Neben diesen Hindernissen im Verfahren müssen natürlich auch andere Ursachen gesehen und auch diskutiert werden. Dazu gehören meines Erachtens, dass sich viele Menschen außerhalb der Lausitz wenig betroffen fühlten; dass angesichts der akuten Wirtschaftskrise das Zukunftsthema Klimawandel als weniger bedrohlich empfunden wird.

Natürlich hatten auch die Politik der Landesregierung und die Lobby der Energiekonzerne ihre Wirkung. Sie vermittelten der Bevölkerung den Eindruck, dass das Volksbegehren eher dazu beiträgt, Arbeitsplätze zu vernichten als etwas Positives zu bewirken. Dazu kam die Debatte in den Medien über eine vermeintliche Unsicherheit russischer Gaslieferungen. All das verstärkte die Forderung nach Energieunabhängigkeit und unterstützte eine Rückbesinnung auf Braunkohle als Energieträger.

Was ist auf der Habenseite zu verbuchen? Durch das

Volksbegehren wurde eine landesweite energiepolitische Debatte geführt. DIE LINKE konnte in diesen Debatten ihr umwelt- und energiepolitisches Profil in Brandenburg schärfen. Gleichzeitig führten die Aktionen zu einer erneuten Debatte um bürgerfreundliche und faire Volksbegehren.

Unsere Landesverfassung, welche die repräsentative Demokratie durch Elemente der Volksgesetzgebung (Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid) ergänzt, gilt als eine der modernsten Landesverfassungen. Sie ist einem Grundverständnis verpflichtet,

wonach Demokratie den Rahmen für Freiheit und Selbstverwirklichung von Bürgern schaffen muss. Auf dem Papier eine großartige Verfassung, jedoch mangelt es ihr an einer ehrlichen und konsequenten Umsetzung. Für DIE LINKE als eine der verfassungsgebenden Parteien geht es in erster Linie darum, den hohen rechtsstaatlichen Standard zu wahren und die Brandenburgische Verfassung mit Leben zu erfüllen. Dazu gehört auch, die formalen Hindernisse für Volksbegehren abzubauen. Damit das achte ein Erfolg wird!

Sascha Krämer

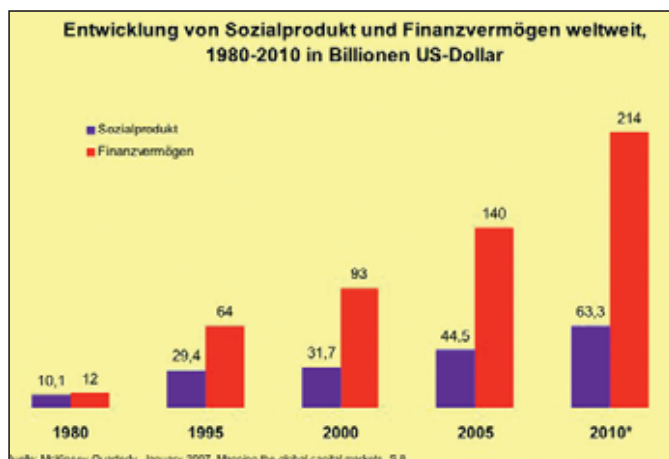
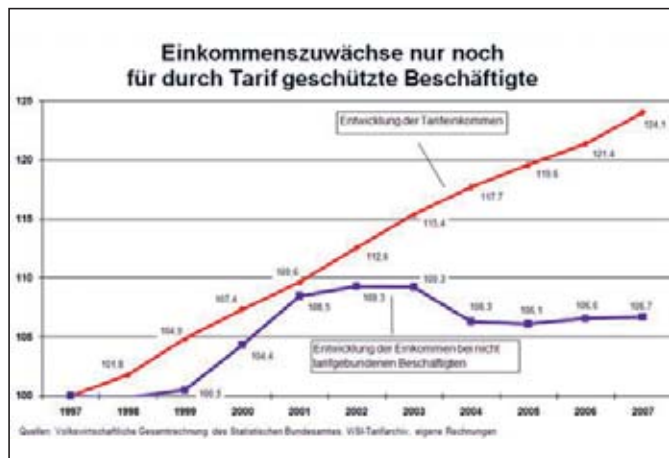
„Wir zahlen Eure Krise nicht“

Soziale Bewegungen demonstrieren gegen die „dramatische Enteignung des Volkes“

Fast wie eine Erleichterung ging es durch die Reihen der Gäste beim Potsdamer Linkstreff, als Michael Schlecht, der gewerkschaftspolitische Sprecher der LINKEN im Parteivorstand, als eine Schlussfolgerung aus der Wirtschafts- und Finanzkrise darüber informierte, dass sich mittlerweile ein breites Bündnis unter dem Motto formiert: „Wir zahlen Eure Krise nicht“.

Krisenanalyse führt zum Grundwiderspruch

Schlecht hatte aus seiner Sicht als Volkswirt und Gewerkschafter die Krise analysiert, die in den meinungsmachenden Medien gern auf subjektive Fehler und persönliche



Gier der Bankmanager zurückgeführt wird.

Dem widerspricht der Volkswirt, und mancher im Saal erinnerte sich an Schulwissen und Marx: „Es ist ein Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse“.

Wie der Gewerkschaftspolitiker zu diesem Schluss gelangte, ist eine Argumentationslinie, die für jeden schlüssig sein kann: „In den letzten zehn Jahren ist die Bevölkerung durch die nicht durchgesetzten Arbeitnehmerinkommen bei gleichzeitig angehäuften Unternehmensgewinnen enteignet worden“ (siehe Grafik). Berechnungen hätten ergeben, dass es sich um ungefähr eine Billion Euro Volksvermögen handelt. Diese, weil sie wegen zu geringer Einkommen nicht konsumiert werden konnten, seien in die Finanzmärkte geflossen. Die Auswirkungen der Agenda 2010 von 2003 hätten die Schere weiter dramatisch geöffnet. Es sei nur recht und billig, die „Rückführung der dramatischen Enteignung des Volkes durch eine Millionärssteuer“ zu verlangen.

Millionärssteuer als erstes Ziel

Das sei das erste Ziel der LINKEN bei der Bekämpfung der Krise, das eine wichtige Rolle im Bundestagswahlkampf spiele. Alle anderen Parteien, egal in welcher Koalition, würden die Rechnung erst nach der Bundestagswahl aufmachen. Wobei jetzt schon feststehe, dass die Steuerzahler

Hunderte Milliarden Euro über die „dramatische Beschneidung der Ausgaben, vor allem der Sozialausgaben bei der Konsolidierung der künftigen Haushalte“ begleichen müssen, die jetzt in die Banken gesteckt werden.

Dagegen, so Schlecht, formiere sich gerade ein breites Bündnis, in dem erstmalig ganz offen DIE LINKE gemeinsam mit attac, ver.di und der IG Metall wirken und für den 28. März 2009 zu Großdemonstrationen unter dem Motto „Wir zahlen Eure Krise nicht“ in Berlin und Frankfurt a.M. aufrufen.

An diese Losung, die zum zentralen Gedanken der sozialen Bewegungen werden soll, knüpfe DIE LINKE mit ihrer Forderung nach der Millionärssteuer an.

„Versparkassung“ mit neuer Demokratie

Zum Streit um die Verstaatlichung von Banken erläuterte der Volkswirt, dass es aktuell weniger um eine Verstaatlichung gehe. Einzig die Sparkassen und teilweise die Volksbanken seien durch ihre Verankerung in den Regionen verschont geblieben von der Finanzkrise. Hier sehe er ein Beispiel, wie Banken vergesellschaftet werden können, und sprach im Gegensatz zur Verstaatlichung von der „Versparkassung“ der Banken. Das allerdings erfordere eine umfassende Diskussion um neue Formen der demokratischen Mitwirkung des Volkes an der Finanzwirtschaft, denn „die aktuelle Krise ist auch eine Krise der Demokratie“.

Nach Redaktionsschluss

Kreisvorstand empfiehlt Tack und Scharfenberg als Direktkandidaten für Landtagswahl

Bundestagskandidatur noch offen

Der Potsdamer Kreisvorstand der LINKEN hat am 19. Februar einstimmig die beiden Landtagsabgeordneten Anita Tack und Hans-Jürgen Scharfenberg als Direktkandidaten für die Landtagswahlkreise 21 und 22 vorgeschlagen. Der Kreisvorsitzende Günther Waschkuhn sagte dazu:

„Mit diesen beiden Kandidaten haben wir gute Chancen, die Direktmandate zu holen. Schon die Kommunalwahlergebnisse zeigen, dass das möglich ist. Wir wollen auf diesem Wege sichern, dass die Landeshauptstadt weiterhin mit starken linken Stimmen im Landesparlament vertreten ist.“ Die endgültige Nominierung wird auf einer VertreterInnenversammlung der Partei am 6. März vorgenommen.

Der Kreisvorstand verständigte sich weiterhin zur bevorstehenden Bundestagswahl. Dabei ging es auch um die Frage, wer für DIE LINKE in den Kampf um das Direktmandat gehen soll. Der ehemalige Berliner Kultursenator Thomas Flierl und der Schriftsteller und Richter am Brandenburger Verfassungsgericht Florian Havemann haben ihr Interesse bekundet, in Potsdam kandidieren zu wollen. Der Kreisvorstand verständigte sich darauf, diesen und eventuell weiteren Kandidaten die Möglichkeit einzuräumen, sich an der Basis vorzustellen. Ein Votum für einen Kandidaten gab der Kreisvorstand zunächst nicht ab. Die Entscheidung, wer für die LINKE im Wahlkreis 62, der die Landeshauptstadt Potsdam und Teile Potsdam-Mittelmarks und Teltow-Fläming umfasst, in den Kampf um das Bundestagsdirektmandat zieht, fällt auf einer VertreterInnenversammlung am 25. April.

r.d.

Schon vor dem „Manifest“ gefährlich

März 1844

In der Zeit vor der Revolution von 1848/49 achteten die Stützen des preußischen Staates auf jede Stimme, die auch nur den leisesten Verdacht aufkommen ließ, eine Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse erreichen zu wollen. Zwar

kannte man nicht immer den Namen genau, doch sicher war sicher.

So schrieb am 27. März 1844 der Oberpräsident an den Polizeidirektor zu Potsdam: „Die in meinem Erlaß vom 12. Januar erwähnte von Arnold Ruge und

Carl Mark (gemeint ist Karl Marx – d.V.) angekündigte Zeitschrift ist nunmehr unter dem Titel „Deutsch-französische Jahrbücher“ in Paris erschienen und so verderblichen Inhalts, dass deren Verbreitung [...] tunlichst verhindert wer-

den muß. Diesem Machwerk ist die sorgfältigste Aufmerksamkeit zu widmen, etwa vorkommende Exemplare sind in Beschlag zu nehmen.“

Der erste DEFA-Kinderfilm

März 1949

Die DEFA-Märchen- und Kinderfilme finden noch heute ihr begeistertest Publikum. Und das nicht nur unter den kleinen Zuschauern. Der erste entstand zu einer Zeit, da die DDR noch nicht geboren war. Am 18. März 1949 hatte er Premiere: „Und wenn's nur einer wär“.

Regie führte Wolfgang Schleif und das Drehbuch schrieben Wolfgang Schleif und Wolfgang Weyrauch nach dem Tatsachenroman „Verwahrlost“ von Sia Scazziga. Hinter der Kamera stand E. W. Fiedler und als Darsteller wirk-

ten u.a. mit: Edelweiß Malchin, Siegfried Dornbusch, Axel Monjé sowie die Jungen Lutz Moik und Ralph Siewert.

In dem Film spiegeln sich die politischen Verhältnisse in Berlin – unterschiedliche Jugendpolitik in den unterschiedlichen Sektoren – wider. Deutlich wird auch gezeigt, dass in den westlichen Sektoren ehemalige SS-Männer durchaus ihren Platz in der Gesellschaft finden.

Gezeigt wird im Gegensatz dazu, wo sich die gesellschaftliche Perspektive befindet – im

sowjetischen Sektor Berlins. Was geschieht? Im West-Berlin der Nachkriegszeit werden straffällig gewordene Jugendliche in ein Erziehungslager am Rande der Stadt gesteckt. Glücklicherweise ist Leiter des Lagers der sympathische Hein Denecke, der den Jugendlichen mit Wohlwollen und Verständnis begegnet und im Lager die Selbstverwaltung eingeführt hat. Ihm zur Seite steht die kecke Kabarett-Sängerin Bettina, die mit einem leichtfertigen Lied über die „verwahrloste“ Jugend Deneckes Zorn erregt,

aber dann von ihm ins Lager eingeladen wird und dort eine Theatergruppe gründet, bei der die Jungen begeistert mitmachen. Doch Deneckes fortschrittliche Methoden missfallen der Aufsichtsbehörde, die ihn bei erstbestener Gelegenheit absetzt und durch einen ehemaligen SS-Mann ersetzt. Denecke baut daraufhin im sowjetischen Sektor ein neues Lager auf, und seine ehemaligen Jungs hecken einen Plan aus, zu ihm zu fliehen.

Der Sonnenforscher Walter Robert Wilhelm Grotrian

März 1954

Aus den Wissenschaftsannalen der Stadt Potsdam ist der Name Walter Robert Wilhelm Grotrian nicht wegzudenken. Seit 1922 bis zu seinem Tode im Jahre 1954 wirkte der international hoch geschätzte Astrophysiker in den Mauern unserer Stadt – abgesehen von den Jahren 1939 – 1946, in denen er Kriegsdienst leisten musste und sich in Kriegsgefangenschaft befand.

Am 21. April 1890 wurde er geboren. Als Sohn eines Professors für Elektrotechnik erhielt er in jungen Jahren bereits gründliche wissenschaftliche Ausbildung und Förderung.

1922 begann sein wissenschaftliches Wirken in Potsdam

als Observator und später als Hauptobservator am Astrophy-

sikalischen Institut auf dem Telegraphenberg.



Das berühmte „Sofabild“ der Berliner Physiker-Elite, darunter fünf Nobelpreisträger, im Jahr 1921. Der junge Mann links hinter Albert Einstein ist Walter Grotrian.

Seine umfangreichen Forschungen im Einsteinturm fanden ihren Niederschlag in grundsätzlichen Publikationen über die Sonnenkorona und solare Magnetfelder. Damit hat Walter Robert Wilhelm Grotrian seinen festen Platz in der Geschichte der internationalen Astrophysik.

Von 1951 bis zu seinem frühen Tod am 03. März 1954 war Grotrian als Direktor des Astrophysikalischen Observatoriums und kommissarischer Leiter der Akademiesternwarte in Potsdam-Babelsberg tätig – als Vorgesetzter hoch geachtet und als Wissenschaftler weit über die Grenzen Potsdams hinaus geschätzt. -rt

Vorwärts zum ... Frühjahrsputz 1984

März 1984

Die so genannte politisch-ideologische Massenarbeit in der DDR eilte von Höhepunkt zu Höhepunkt. Manchmal auch gleichzeitig zu mehreren. So im März 1984. Da riefen am 30. März 1984 der Rat der Stadt Potsdam und der Kreisausschuss Potsdam der Nationa-

len Front der DDR dazu auf, die Stadt und die Landgemeinden „...schön und attraktiv [...] im 35. Jahr der Gründung unserer Republik (zu) gestalten!“ Gleichzeitig sollte damit auch der „...1. Mai, der internationale Kampf- und Feiertag der Werktätigen, und (der) 6. Mai, der

Tag der Wahlen zu den Kreistagen, den Stadtverordnetenversammlungen, Stadtbezirksversammlungen und Gemeindevertretungen...“ vorbereitet werden.

Der vorgesehene Frühjahrsputz sollte – dem Aufruf nach – vom 07. bis 14. April 1984 er-

folgen. Es beteiligten sich 26.000 (!) Potsdamer und schufen einen Wert von 340.000,- Mark in den Wohngebieten – wie der allerdings festgestellt wurde, bleibt ein Geheimnis.

Endlich eingebracht

Am 27.01.2009 brachte der Oberbürgermeister endlich den Entwurf der Haushaltssatzung für das laufende Jahr 2009 ein. Im Ergebnishaushalt (er umfasst die erwarteten Erträge und Aufwendungen im Haushaltsjahr) werden Einnahmen in Höhe von 412.679.000 EUR erwartet. Dem stehen geplante Ausgaben in Höhe von 418.125.100 EUR gegenüber. Das Defizit von 5,4 Mio. EUR entspricht damit dem bereits mit dem Haushalt 2008 beschlossenen und prognostizierten Wert. Für die Folgejahre verschiebt sich allerdings der für 2010 geplante Haushaltsausgleich auf 2012.

Gemeinsam mit der Haushaltssatzung wurde von der Kooperation ein Dringlichkeitsantrag zur „Umsetzung der Konjunkturpakete in der LHP“ eingebracht. Der OB wird darin aufgefordert, „... nach Klärung der Förderbedingungen in die Stadtverordnetenversammlung eine Änderungsliste der Verwaltung einzubringen, die die Maßnahmen der Landeshauptstadt Potsdam zur Umsetzung der Konjunkturpakete der Bundesregierung für die Landeshauptstadt Potsdam präzisiert“. Gleichzeitig ist der Wirtschaftsplan des kommunalen Immobilien Service anzupassen. Das im vorigen Jahr mit maßgeblicher Beteiligung unserer Fraktion verabschiedete Sanierungsprogramm für Schulen und Kindertagesstätten kann nun schneller abgearbeitet werden.

Durch den Einsatz der Konjunkturpaktmittel freier werdende Gelder sollen vorrangig für die zügigere Sanierung der Sporthallen, den behindertengerechten Umbau der Bürgerhäuser, die Sicherung soziokultureller Zentren, für Lärminderungsmaßnahmen und sächliche Ausstattung von Schulen und Kitas eingesetzt werden. Unser Änderungsantrag, die vereinfachten Vergabebestimmungen zeitnah den Stadtverordneten vorzustellen, wurde übernommen und mit einer Gegenstimme und einer Enthaltung mit großer Mehrheit angenommen.

Peter Kaminski

stellv. Vorsitzender des Finanzausschusses

Mit „Servicebüro Jugendkultur“

Wege aus der Krise – Aktuelles zur Jugend- und Soziokultur in Potsdam

Potsdam im Jahr 2008 – das war vor allem die Krise der Jugendkultur. Nachdem der Spartacus schließen, das S13 in winzige Büroräume ziehen musste, Lindenpark und Waschhaus plötzlich vom finanziellen Aus bedroht waren, ließ die Thematik niemanden mehr los. Mit dem Ziel einer lebendigen inhaltlichen Debatte, an deren Ende eine verbindliche Handlungsgrundlage für die Stadtverwaltung stehen sollte, berief diese im Oktober den „Runden Tisch zur Jugend- und Soziokultur in Potsdam“ ein. An diesem beteiligten sich VertreterInnen der Stadtverwaltung, AkteurInnen der Potsdamer Kulturszene, Stadtverordnete und interessierte BürgerInnen. In der Arbeitsgruppe „Alternative Jugendkultur in Potsdam“ wurden die Debatten fortgesetzt und nun als Ergebnis der „10+-Punkte-Plan“ vorgelegt.

Dieser Katalog umfasst Forderungen in unterschiedlichen Kategorien. Einige beziehen sich auf den Erhalt bzw. die Wiederbelebung von kulturellen Einrichtungen. So muss dringend ein neues Gebäude für den Spartacus und das S13 her, und das Archiv muss unbedingt an seinem bisherigen Standort bleiben. Andere können bereits sehr kurzfristig umgesetzt werden. Zum Beispiel der Ersatz für 600 m² abgerissener Graffiti-Wände in der Schiffbauergasse. Am interessante-



sten sind die strukturverändernden Forderungen wie die Einrichtung eines „Servicebüros Jugendkultur“ zur Erleichterung der Förderung und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen für Jugendliche, die Schaffung eines Jugendkulturfonds und die dezentrale Gestaltung des Jugendkulturangebotes. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Stadtverwaltung zu diesem neuen Konzept verhält. Wichtig ist, dass die jugendlichen AkteurInnen weiterhin in die Debatte einbezogen werden müssen. Durch die Arbeit in den letzten Monaten haben sie bewiesen, dass es sich lohnt, ihnen zuzuhören.

Jens Gruschka

Bloß nicht nachlassen!

Zu Beginn des Kalenderjahres hat das Bundessozialgericht die aktuelle Berechnung der Kinderregelsätze für Kinder aus Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften als verfassungswidrig erklärt. Wie im Urteil des Gerichtes gefordert, hat die Bundesregierung das Statistische Bundesamt beauftragt zu prüfen, ob auf Basis der dem geltenden Regelsatz zugrunde liegenden Einkommens- und Verbraucherstichprobe (EVS) 2003 spezielle Kinderbedarfe ermittelt werden können. Dabei solle sowohl die Höhe als auch die Altersstruktur der Kinderregelsätze Beachtung finden. Diese Sonderauswertung hat ergeben, dass das Niveau der derzeitigen Regelsätze für Kinder bedarfsdeckend ist. Auf Basis der EVS von 2003! Die Sätze der unter 6-Jährigen und ab 14-Jährigen seien sogar zu hoch.

Deshalb habe die Bundesregierung beschlossen, zum 1. Juli 2009 eine dritte Altersstufe für Kinder von 6 – 14 Jahren, die Leistungen nach dem SGB II und XII erhalten, einzuführen, allerdings befristet bis zum 31.12.2011.

Einso wird es eine Anpassung der Regelsätze geben (Rentenentwicklung), die voraussichtlich stärker ausfallen wird als in der Vergangenheit, so die Bundesregierung. Konkrete Zahlen wurden nicht genannt.

Da all diese Prüfungen und Absichten nicht ausrei-

chend sind, bleiben wir bei unserer Forderung nach der Einführung eines eigenständigen Regelsatzes für Kinder, der sie als eigenständig zu betrachtende Bevölkerungsgruppe unterstreicht. (Antrag mit der Drucksachen-Nr.: 09/SVV/0009)

Jana Schulze

sozialpol. Sprecherin

Kita ist Bildung!

Um „einen guten Start der Kleinsten“ bemüht sich nicht nur die Elterninitiative gleichen Namens.

Auch der Jugendhilfeausschuss der Stadt Potsdam, Kita-Träger und Wohlfahrtsverbände fordern seit langem, die Qualität der Betreuung in den Kitas zu verbessern.

Ein wesentlicher Indikator für die Qualität der Arbeit in den Kitas ist der Personalschlüssel. Nun liegt die Bestätigung vor: Brandenburg ist Schlusslicht (Länderreport „Frühkindliche Bildungssysteme 2008“)! Doch Minister Rupprecht stellt eine Änderung erst für 2010 in Aussicht. Voraussetzung: Das Geld dafür ist da. So lange können und wollen Eltern und Kinder nicht warten – wir auch nicht.

In Potsdam wird sehr intensiv und erfolgreich an der Verbesserung der Bildung, Erziehung, Betreuung und Versorgung der Kinder in Kitas gearbeitet. Das eigens dazu gegründete „Qualitätsforum Kindertagesstätten“ hat dazu Parameter erarbeitet, die sich auch an aktuellen Entwicklungen und Erfordernissen, wie z. B. Sprachstandsförderung, orientieren, mit dem unzureichenden Personalschlüssel aber nicht umsetzbar sind.

DIE LINKE hat im Wissen um das Problem den Verursacher der Misere, die Landesregierung, aufgefordert, den Betreuungsschlüssel bereits mit Beginn des Kita-Jahres 2009/2010 vor allem in der Altersgruppe der 0- bis 3-Jährigen auf mindestens den Bundesdurchschnitt von 1 : 5, in der Altersgruppe der 3- bis 6-Jährigen auf den Bundesdurchschnitt von 1 : 10 zu erhöhen und dafür auch die erforderlichen Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen.

Diesem Teil unseres Antrages hat die Mehrheit der Stadtverordneten zugestimmt.

Abgelehnt wurde, mit dem Haushalt 2009 die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, um gegebenenfalls die Mittel für die Erhöhung des Betreuungsschlüssels aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren.

Begründung der Stadtspitze und der „Kooperation“: Dieser Alleingang würde die Stadt 8,7 Mio. Euro kosten, um die Einstellung von 264 Erzieherinnen und Erziehern zu finanzieren. Das Geld sei nicht da! Und: Mit diesem Vorgehen würde das Land aus der Verantwortung entlassen.

Es ist nicht zu glauben: Da halten CDU-Politiker wie K. Reiche und J. Wanka glühende Reden, da fasst ein Parteitag der Bündnisgrünen einen Beschluss, da erkennt ein SPD-Minister das Problem, und da bringen Stadtverordnete der „Kooperation“ tatsächlich einen Antrag zu Wege, in dem „der Oberbürgermeister gebeten wird zu prüfen, ob und wie der Betreuungsschlüssel in den Kitas“ verbessert werden kann.

Halbherziger geht's ja wohl kaum noch! Keiner der verbal Engagierten ist bereit, das Problem tatsächlich, und zwar sofort, anzupacken. Fazit: Schön, dass wir drüber geredet haben.

Nur wird sich vorläufig für die Jüngsten auch in der kinder- und familienfreundlichsten Stadt der Bundesrepublik, in Potsdam, vorerst an diesem katastrophalen Zustand nichts ändern. Erzieherinnen werden weiter in dem Spagat zwischen Anspruch an frühkindliche Bildung und Erziehung und der Realität hängen bleiben.

Dr. Sigrid Müller

jugendpol. Sprecherin



Für den Betreiber, die Diakonie, sprach Marcel Kankarowitsch



Bewegende Worte fand Diakon Matthias Stempfle

Für ein solidarisches

Bürgerversammlung zum geplanten

Am 16.2.09 fand die erste Bürgerversammlung zum angekündigten Umzug des Asylbewerberheimes vom Lerchensteig an den Schlaatz im überfüllten Saal des Bürgerhauses statt.

Das Thema bewegt die Anwohner sehr, aber ebenso die Verantwortlichen des künftigen Trägers, des Diakonischen Werkes Potsdam, die Mitglieder von Ausländerbeirat, Stadtverordnetenversammlung und Verwaltung.

Ich möchte nicht die berechtigten Sorgen, Befürchtungen und Ängste der Bewohner bis hin zu unsachlichen Anschuldigungen wiederholen. Die Tagespresse hat dazu ausführlich berichtet. Ich möchte mich als Beratendes Mitglied des Ausländerbeirates und als Stadtverordnete der Fraktion DIE LINKE äußern.

Für mich hatten die Diskussionsbeiträge zweier Mitglieder der Expertenrunde Schlüsselfunktion: die von Frau Elona Müller, Beigeordnete für Soziales, Jugend, Ordnung, Sicherheit, Klima und Umweltschutz, und die des evangelischen Diakons am Schlaatz, Herrn Matthias Stempfle. Frau Müller hat sich der aufgeheizten Runde mit Besonnenheit und Sachkenntnis

gestellt und das europaweite Ausschreibungsverfahren erklärt. Nur wenigen Teilnehmern sind die Situation, die Lebensumstände und die eingeschränkte rechtliche Stellung von Menschen bewusst, die ihre Heimat verlassen müssen und in einem fremden Land Aufnahme finden möchten. Wie viel menschliches Leid sich oft hinter Einzelschicksalen verbirgt, können sich viele von uns kaum vorstellen.

Auf die mehrfach gestellte Frage: „Warum aber an den Schlaatz? Dieses Wohngebiet hat doch bereits den größten Teil der 6818 derzeit in Potsdam lebenden Bürger mit ausländischem Pass aufgenommen?“ ging Diakon Stempfle mit die Anwesenden sehr bewegenden Worten ein. Er wohnt mit seiner Familie am Schlaatz und hat die positiven Veränderungen der letzten Jahre gerade in diesem Stadtteil bewusst wahrgenommen. Der Schlaatz ist bunter und vielfältiger geworden durch die sanierten Häuser, die schön angelegten Spielplätze und Freiflächen, durch das dichte Netzwerk sozialer und kultureller Einrichtungen und durch seine Menschen aus vielen Ländern der Welt. Aber er ist auch zu einem sozialen Brennpunkt

Integrationsgarten hat volle Unterstützung

Der Integrationsgarten im Schlaatz ist zu einem Symbol für das friedliche und gedeihliche Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichem Migrationshintergrund geworden. Das zeigt sich nicht zuletzt daran, dass mehrfache Brandanschläge auf Gebäude nicht zu Resignation und Einschüchterung, sondern zu einer breiten Solidarisierung geführt haben. So ist letztlich das Gartenhaus nach mehreren Bränden als massives Gebäude hergestellt worden. Nach einem vernichtenden Brand in der als grünes Klassenzimmer eingerichteten Laube konnte mit einer Großspende und der Unterstützung des Holzfachzentrums mit einem neuen stabilen Holzbau eine deutliche Verbesserung erreicht werden. Dazu trug auch ein Arbeitseinsatz bei, an dem Vertreter verschiedener Rathausfraktionen teilnahmen. Es war eine schlimme Nachricht, als bekannt wurde, dass dieser erst im Oktober 2008 übergebene Bau erneut durch einen Brand schwer beschädigt

worden war. Eine Schlussfolgerung besteht darin, dass wirksame Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit ergriffen werden müssen. Dazu könnte die Einrichtung einer Sicherheitspartnerschaft am Schlaatz beitragen, für die aktive Bürger zur Mitarbeit gewonnen werden sollten. Vor allem aber geht es darum, einen schnellen Wiederaufbau zu sichern. Dazu habe ich mit dem Bauindustrieverband Verbindung aufgenommen und den Kontakt mit dem Kulturbund als Träger des Integrationsgartens vermittelt. Es gibt gute Chancen, dass durch das Ausbildungswerk des BIV durch Lehrlinge ein Stein auf Stein gebautes Häuschen entsteht, das nicht mehr so leicht abgepackelt werden kann. Ziel ist es, eine Lehrbaustelle einzurichten und noch im Frühjahr zum Erfolg zu kommen, um in der neuen Vegetationsperiode wieder das grüne Klassenzimmer mit einem dann massiven Geräteschuppen zu haben.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg



Breites Medieninteresse für die Bürgermeinungen



Professorin Angela Mickley moderierte souverän

Miteinander

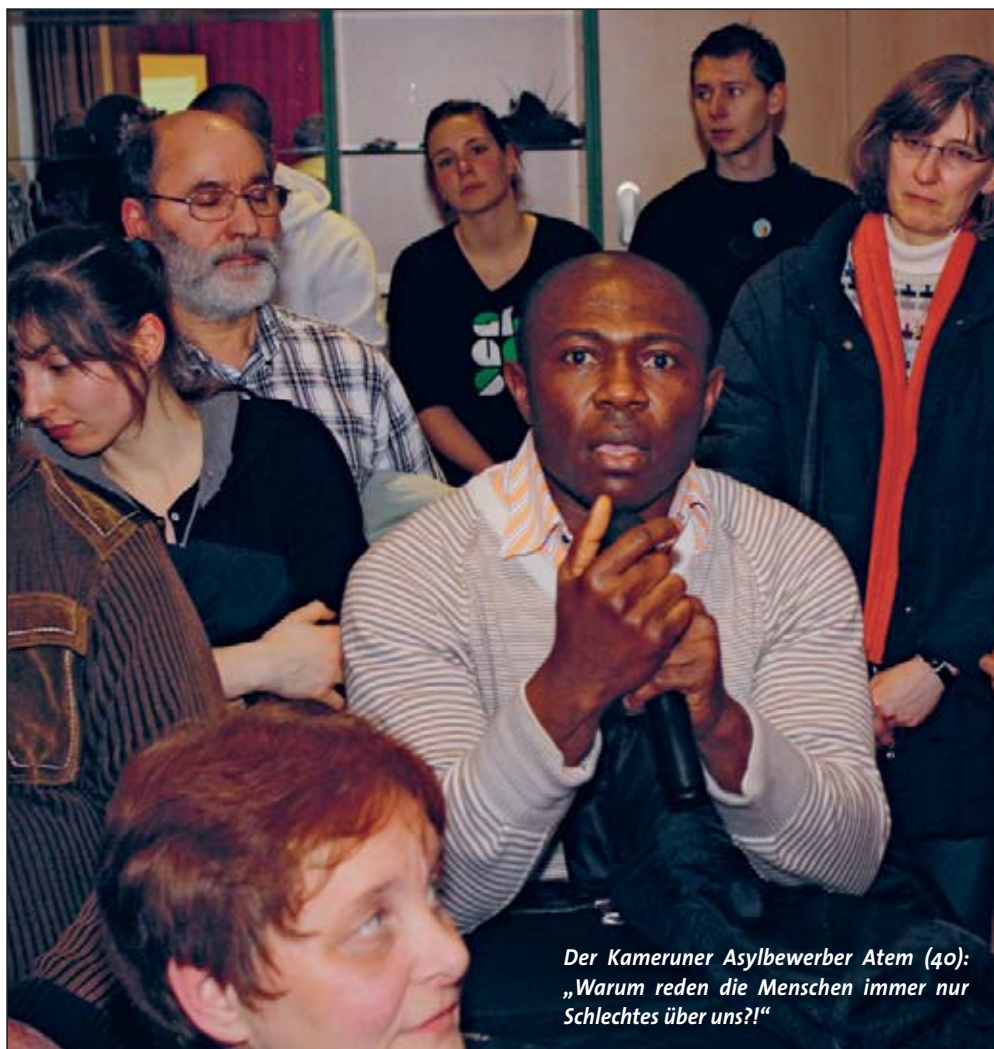
Asylbewerberheim Am Schlaatz

geworden, weil Wohnungen hier eher bezahlbar sind als in der Innenstadt oder in den Villenvororten. Dennoch haben gerade die Schlaatzter „den Großteil an Integrationsarbeit für die gesamte Stadt Potsdam geleistet!“ Das Empfinden der Schlaatzter, sich „im bürgerlichen Potsdam als Menschen zweiter Klasse zu fühlen“, ist das eigentliche Problem, das sich im Streit um das Asylbewerberheim nun ein Ventil gesucht hat. Diakon Stempfles optimistisches „Wir kriegen das hin mit dem Asylbewerberheim!“ gab der Diskussion eine Wende. Und so wurden die Vorschläge gesammelt, wie alle Kräfte vor Ort mit Träger und Verwaltung in enger Zusammenarbeit mit den Einwohnern, aber vor allem mit den Betroffenen selbst, die Situation gestalten wollen: Ein Gesamtkonzept zur Weiterentwicklung des Schlaatzes muss her, die Polizei hat ein Sicherheitskonzept zugesagt, die Vernetzung der sozialen Einrichtungen (Bürgerhaus, Haus der Generationen und Kulturen, Schulen, Kindertagesstätten

usw.) muss intensiviert werden, der Kontakt zu den Asylbewerbern im Lerchensteig muss aufgebaut werden, ein Runder Tisch soll regelmäßig über den aktuellen Stand beraten. Die entscheidende Leistung muss jedoch der Träger selbst vollbringen, nämlich die etwa 150 Menschen verschiedener Nationen, Kulturen und Glaubensrichtungen in einem Haus zu betreuen. Die Diakonie kann auf gute Erfahrungen in der Kirschallee und in der Flüchtlingsberatung zurückblicken. Die Mitarbeiter wissen, dass vom inneren Frieden dieses Hauses seine Akzeptanz im Umfeld abhängen wird. Aber wir sind alle gefordert!

DIE LINKE hat sich gerade am Schlaatz stets intensiv für die Belange seiner Bewohner eingesetzt. Wir werden dies auch weiterhin tun und alle neu Hinzukommenden voll einbeziehen. Wir wollen sie nicht nur tolerieren (deutsch: dulden). Wir stehen für Solidarität, und das bedeutet Verständnis füreinander und solidarisches Miteinander!

Hella Drohla



Der Kameruner Asylbewerber Atem (40): „Warum reden die Menschen immer nur Schlechtes über uns?!“

Teilhabe benötigt ein Leben unter uns

Weshalb die Ansiedlung des Asylbewerberheimes am Schlaatz richtig ist

Im Potsdamer Toleranzedikt ist es festgehalten: Ziel ist, die in Potsdam lebenden Asylbewerber in das Leben der Stadt zu integrieren. Erreicht werden sollte dies durch eine dezentrale Ansiedlung der Asylbewerber in verschiedenen Wohnungen im gesamten Stadtgebiet. Durch den derzeitigen Potsdamer Wohnungsmarkt und ein Bundesgesetz, das die Vorhaltung eines Asylbewerberheimes seitens der Stadt vorsieht, ist dieses Vorhaben bedauerlicherweise nicht für alle Flüchtlinge umsetzbar. Dennoch musste eine Alternative zum derzeitigen Standort des Asylbewerberheimes am Lerchensteig gefunden werden. Denn abgesehen vom Wechsel der Träger des Heimes (statt der Arbeiterwohlfahrt wird in Zukunft die Diakonie Träger des Asylbewerberheimes sein), war eine Integration der Flüchtlinge in das Potsdamer Leben lange überfällig. Der jetzt gefundene Standort am Schlaatz er-

füllt diesen Anspruch, wenn auch nur bedingt. Eine optimale Anbindung des ehemaligen Lehrlingswohnheimes an den öffentlichen Personennahverkehr erleichtert das Leben der Asylbewerber erheblich. In Zukunft benötigen sie nur 15 Minuten mit der Straßenbahn in das Stadtzentrum und leben nahe von Einkaufsmöglichkeiten und Behörden. Früher mussten sie fast eine Dreiviertelstunde mit dem Bus zurücklegen, der nach 20 Uhr nur eingeschränkt verkehrte.

Selbstverständlich braucht Integration wesentlich mehr als nur eine nahe Verkehrsanbindung. Es ist nicht sinnvoll und auch nicht notwendig, aus dem vorgesehenen Heim einen Hochsicherheitstrakt zu machen. Vielmehr sollten dessen Bewohner in das Leben im Schlaatz integriert werden, zu dessen Vielfalt sie beitragen werden.

Ronny Besançon

Der Schlaatz braucht die Kaufhalle am Schilfhof

Nach den ursprünglichen Planungen von REWE wäre die Kaufhalle am Schilfhof bereits zugemacht worden. Aber der starke Protest der Bewohner am Schlaatz und ein breite Unterstützung aus der Stadtverordnetenversammlung haben das verhindert. So hat DIE LINKE klare Forderungen an die Verwaltung gestellt, die letztlich dazu beigetragen haben, eine machbare Lösung zu finden. Mit REWE konnte eine Vereinbarung getroffen werden, die den Bau einer neuen Kaufhalle am Horstweg im Eingangsbereich zum Schlaatz beinhaltet. Nach längeren intensiven Vorbereitungen ist dieses Bauvorhaben bereits im Gange. Bis zum September dieses Jahres soll hier eine attraktive Verkaufseinrichtung von REWE entstehen. Wer den zügigen Baufortschritt verfolgt, wird den Optimismus der Bauherren teilen. DIE LINKE hat sich dafür stark gemacht, dass die zwölf Kleingärtner, die ihren Garten aufgeben mussten, einen angemessenen Ersatz oder Ausgleich gefunden haben.

Jetzt kommt es darauf an, die Anschlusslösung für den Schilfhof zu sichern. Eine Kaufhalle am Schilfhof ist unverzichtbar für das mit viel Aufwand gestaltete Wohngebietszentrum und für die Anwohner, insbesondere für die älteren Menschen. Immer wieder wird gefragt, wie es denn jetzt weitergehen soll. Es ist vertraglich vereinbart, dass die jetzige Kaufhalle nach der Fertigstellung der neuen Einrichtung am Horstweg abgerissen und am Schilfhof eine neue, kleinere Halle gebaut wird. Das wird voraussichtlich im September beginnen. DIE LINKE wird konsequent auf die Einhaltung dieses Vorhabens drängen, um keine Verschlechterung der Lebensqualität im Schlaatz zuzulassen.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Mieterclub Schilfhof 20 – unser eigenes Pilotprojekt

Die Idee wuchs im Sommer 2008. Über unser Haus Schilfhof 20 am Schlaatz gab es viele negative Berichte – vor allem in der Presse. Deshalb führten wir für ein besseres Miteinander von Mietern aus 3 Kontinenten und 17 Nationalitäten in Zusammenarbeit mit dem Haus der Generationen im Milanhorst die erste Hauskonferenz gemeinsam mit der GEWOBA und anderen Gästen (u.a. Dr. Scharfenberg und Vertretern der Stadtverwaltung) durch. Das gab es vorher noch nicht.

Wenige Tage später trafen sich im Treppenhaus über den Dächern der Stadt die aktiven Mieter. Wir waren zunächst eine kleine Gemeinschaft von 10 Mietern, die sich manchmal auch in heißen Diskussionen oft bis in die Nacht Gedanken

über das Wie und Wohin machten. Ideen wurden und werden gesammelt. Mittlerweile sind wir auf 30 Mitglieder unterschiedlicher Nationalitäten angewachsen und bemühen uns, auf den verschiedenen Ebenen Gemeinsamkeit und auch Verantwortung für unser Haus zu fördern und zu gestalten. Es klingt unbescheiden, aber unser Ziel heißt: „Wir werden das erste Haus am Platz.“

Unser Problem: Wir haben bisher keinen eigenen Raum, mussten viel improvisieren.

Das erste Hausfest fand auf der Rasenfläche am Haus statt – mit selbstgebackenem Kuchen und duftendem Kaffee. Der Nikolaus war bei den Kindern und wir haben es sogar geschafft, dass unser Weihnachtsbaum im Dezember

2008 in der gesamten Zeit und nicht nur für einen Tag stehen bleiben durfte. Die Mieter haben es mit Freude registriert.

Bisheriger Höhepunkt: Unser Auftritt beim 3. Schlaatz Weihnachtsmarkt. Vieles zeigt sich in kleinen Veränderungen: Die Mieter reden wieder mehr miteinander, gehen mit vielen Problemen offener um, engagieren sich für das Haus.

Frauentag, Kindertag und andere große und kleine Veranstaltungen sind geplant. Aber vieles wird davon abhängen, ob wir hinsichtlich der Räumlichkeit auf Partner treffen, die verständnisvoll und zu Neuem bereit sind.

Wir versuchen, auch über Veranstaltungen zu technischen Fragen, Betriebskosten und anderen Themen zu zei-

gen, dass wir uns kümmern. Sicher muss vieles erst wachsen. Wir sind noch am Anfang und keine Phantasten. Aber wir zeigen täglich, dass wir da sind. Es gibt gute Verbindungen zu den verschiedensten Institutionen. Wir haben einen eigenen Schaukasten im Haus, auch eine eigene Homepage (www.mieterclub-schilfhof-20.de). Wir stehen allen im Haus gern mit Rat und Tat zur Seite. Wenn es nicht anders geht, unterhalten wir uns auch mit Händen und Füßen.

Sicher werden wir mit unserem Projekt nicht die Welt verändern. Wir wollen in unserem Haus einfach nur verantwortungsvoll, tolerant und respektvoll miteinander umgehen.

Zum Teufelssee: Gehwege werden erneuert



Sobald das Winterwetter vorüber ist, beginnen die Bauarbeiten zur Erneuerung der Gehwege an der Straße Zum Teufelssee im Abschnitt zwischen den Einmündungen Am Schlangenfenn und Caputher Heuweg. Damit wird ein wichtiges Teilstück zwischen dem Haus der Begegnung, das sich als Behindertentreff seit 2006 in der Waldstadt II befindet, und der Tramhaltestelle Bahnhof Rehbrücke barrierefrei ausgebaut. Zu diesem Zweck wird die Lücke im Gehwegnetz an der Kita „Zauberwald“ geschlossen sowie das schadhafte Pflaster der vorhandenen Gehwege erneuert. In den Kreuzungsbereichen werden verkehrssichere und behindertengerechte Querungsmöglichkeiten für Fußgänger angelegt.

Die Baumaßnahme ist das vorerst letzte Vorhaben im Rahmen der geförderten Wohnumfeldverbesserung in der Waldstadt II. Die Bauzeit beträgt voraussichtlich sechs Wochen. Der Bau wird abschnittsweise durchgeführt, um die erforderlichen Sperrungen für die Anwohner auf ein Minimum zu begrenzen.

Uwe Hackmann

Ihre Abgeordneten im WAHLKREIS IV:

Waldstadt und Schlaatz



Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Ich will mich weiter dafür einsetzen will, dass sich die Probleme der Einwohner in den Diskussionen und Entscheidungen der Stadtverordnetenversammlung widerspiegeln.

54 Jahre, verheiratet, Landtagsabgeordneter, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der SVV

Telefon: 0331/ 966-15 12
Fax: 0331/ 966 15 05
E-Mail: wkbscharfenberg@aol.com

Ausschüsse:

Mitglied im Hauptausschuss, Mitglied im Kulturausschuss



Hella Drohla

Gemeinsam stark – für eine gerechtere Welt!

65 Jahre, verheiratet, drei Kinder, drei Enkelkinder, Rentnerin; Dipl.-Lehrer für Russisch/Deutsch, Interessen: vielseitig interessiert, „gemeinschafts-süchtig“, leidenschaftliche Oma

E-Mail: Rdrohla@freenet.de

Ausschüsse:

Mitglied im Bildungsausschuss, Mitglied im Jugendhilfeausschuss



Stefan Wollenberg

Die Gesellschaft, in der wir leben, kann nur so gut sein, wie wir selbst sie machen.

31 Jahre, ledig, aber in festen Händen, 1 Tochter

Mitarbeiter im Landtag, Interessen: Familie, Lesen, Sport, Motorradfahren

Funk: 0172/5143825

E-Mail: stefan.wollenberg@dielinke-brandenburg.de

Ausschüsse:

Mitglied Bildungsausschuss; Mitglied Eingaben u. Beschwerden, Stellv. Mitglied nach Wahl im Jugendhilfeausschuss



Dr. Sigrid Müller

Ich möchte für Kinder und Jugendliche in der Stadt Potsdam eine starke Lobby schaffen.

54 Jahre, Fraktionsgeschäftsführerin DIE LINKE in der SVV

Tel: 0331/2893051

Fax: 0331/2893119

E-Mail: sigrid.mueller@rat-haus.potsdam.de

Ausschüsse:

Vorsitzende Jugendhilfeausschuss, Mitglied Hauptausschuss, Stellv. Mitglied Gesundheit u. Soziales, Stellv. Mitglied Eingaben und Beschwerden

BiWA informiert**Fotowettbewerb**

In der Waldstadt II ist der ausgeschriebene Fotowettbewerb zum 30-jährigen Bestehen des Stadtteils angelaufen. Die Aufrufe konnten mit Unterstützung der Wohnungsunternehmen in den Häusern bekanntgemacht werden. Der erste Teil der Fotoausstellung „30 Bilder zum 30. – Stadtteilansichten“ steht vor der Fertigstellung.

Stadtteilbegehung

Für den 14. März sind alle interessierten Bürger von der Bürgerinitiative Waldstadt e.V. zur Teilnahme an der schon traditionellen gemeinsamen Stadtteilbegehung eingeladen. Sie steht ganz im Zeichen des Stadtteiljubiläums. Treffpunkt: 09.30 Uhr, Stadtteilbibliothek.

Stellplatzanlage Caputher Heuweg fertiggestellt

Noch kurz vor Weihnachten wurden die Arbeiten an der Stellplatzanlage für die Wohnhäuser Caputher Heuweg 3-31 abgeschlossen. Wo vorher nur rund 60 PKW Platz fanden, sind nach rund fünf Monaten Bauzeit insgesamt 132 neue Stellplätze entstanden. Im Zuge der Baumaßnahmen wurde auch der Gehweg erneuert und als normgerechte Feuerwehrezufahrt ausgebaut sowie neue Müllstandplätze eingerichtet. Die bisher zugeparkten Waldbereiche konnten durch den Bau der neuen Stellplätze wieder begrünt werden. Insgesamt hat sich damit die durch den Verkehr beanspruchte Fläche verringert. Die Stellplatzanlage wurde gemeinsam mit Mitteln der Städtebauförderung und durch die vier anliegenden Wohnungsunternehmen finanziert. Die Gesamtkoordination des Vorhabens erfolgte durch Stadtkontor. Die Wohnungsunternehmen werden die Anlage zukünftig bewirtschaften und unterhalten. Im Vorfeld der Baumaßnahme hat die EWP in diesem Abschnitt die marode Schmutzwasserleitung unter der Straße erneuert.

Vor 30 Jahren – Waldstadt II in der Entstehung

Im Jahre 2009 wird die Waldstadt II 30 Jahre alt. Ihre Entstehung ist eng mit der Entwicklung Potsdams und der sich vollziehenden Ausdehnung in Richtung Süden und Südosten, hin zur Teltower Vorstadt, verbunden. Die von der DDR angedachte Entwicklung Potsdams zum politisch-kulturellen und wirtschaftlichen Zentrum des Bezirkes, der immense Wohnungsbedarf und schließlich die 1972 beschlossene Fokussierung auf den Wohnungsbau als Kernstück der Wirtschafts- und Sozialpolitik, förderte diese Entwicklung. Bereits während des Baus der Waldstadt I um 1960 entstanden erste planerische Vorstellungen zur Errichtung eines weiteren Wohngebiets rechts der Heinrich-Mann-Allee. In den Jahren 1975/76 erarbeitete das Büro für Städtebau dann den Generalbebauungsplan für die Waldstadt II. Dieser sah

die Schaffung von 3.636 Wohnungen, eines Feierabendheimes und notwendiger Gesellschaftsbauten vor. Am 16.3.1977 wurde in der Ratssitzung die Bebauungskonzeption bestätigt und der Maßnahmeplan beschlossen.

Doch bereits vor diesen Entscheidungen war ein reges Baugeschehen zu beobachten. Als erstes Gebäude auf dem Gelände der heutigen Waldstadt II entstand die Betriebsberufsschule in der heutigen Saarmunder Straße. Sie begann schon am 1.9.1973 mit dem Lehrbetrieb und wurde nach der Nutzung als OSZ I im Jahr 2008 abgerissen, um Platz für Bauvorhaben der EG „Karl Marx“ zu schaffen. Ebenso vor dem Beschluss erging schon 1975 der Auftrag zur Fortsetzung der Planungen und Leitungen der Baumaßnahmen an die MBU Potsdam mit Sitz in Brandenburg. Zur gleichen

Zeit wurde auf der Ostseite der Heinrich-Mann-Allee mit der Errichtung eines Plattenwerks begonnen.

1978 entstand außerhalb des Wohnungsprogrammes die Bezirksparteischule der SED, nach der Wende Residence-Hotel und heute Wohnkomplex der Fa. Semmelhaack. Darüber hinaus entstanden in der Straße zum Jagenstein zwei Wohnhochhäuser, in denen für einige Jahre die Bauschaffenden ihr Quartier fanden, sowie das Verwaltungsgebäude für die MBU und das Wirtschaftsgebäude für die Versorgung der Bauarbeiter.

Im Winterhalbjahr 1978/1979 wurde mit der Errichtung der ersten Wohnbauten in der Waldstadt II begonnen, die bereits nach kurzer Bauzeit bezugsfertig übergeben wurden. Die ersten Gebäude waren unter anderem Kiefernring 19-25 (18.05.79) und 27-29 (1.06.79)

sowie Sonnentastr. 6-10 (11.06.79).

Der Schulkomplex der Schule 47, heute Teil des OSZ II, konnte ab 1.9.79 genutzt werden. Parallel wurden Entscheidungen zur weiteren Verdichtung der Wohnbebauung getroffen. Laut statistischem Jahrbuch gab es in der Waldstadt II 1998 = 5134 und 2007 = 5131 Wohnungen. Im Jahre 2007 lebten in der Waldstadt II 9.367 Menschen mit Hauptwohnsitz und 307 mit Nebenwohnsitz.

K. H. Rothkirch

Weitere Informationen zu den Neubaugebieten und zur Waldstadt II erhalten Sie in der Broschüre „Potsdamer Platte... im grünen Bereich“. Die Broschüre kann als pdf heruntergeladen werden: www.schlaatz.de/platte.pdf

Denken gehen – und den Nazis kein Fußbreit

Der Aufmarsch von 6000 Neonazis am 14. Februar in Dresden wurde zur größten rechtsextremen Demonstration der deutschen Nachkriegsgeschichte. Auch ein Potsdamer Block hatte sich eingereiht und schwenkte schwarze Fahnen. Vor dem Hintergrund des Verbots ihrer Märsche in Wunsiedel und Halbe konzentrieren sich alte und neue Faschisten aus ganz Europa zur Demonstration ihrer vermeintlichen Stärke immer intensiver auf den Jahrestag der Bombardierung der sächsischen Hauptstadt. Mit der üblichen faulbraunen Mischung aus völkischem Kitsch, unverhohlener Glorifizierung Hitler-Deutschlands und revisionistischen Parolen, die alliierte Luftangriffe mit der industriellen Vernichtung von Millionen Menschen gleichsetzen, konnte sich der überwiegend aus jungen Männern bestehende Zug weitgehend unbehelligt von Protesten durch die Stadt bewegen.

Nachdem jüngst eine Historikerkommission mit zahlrei-

chen Mythen über den 13. Februar 1945 aufgeräumt hatte und sich zudem Stimmen mehrten, die jahrelange Stillhaltetaktik der Stadt gegenüber der Vereinnahmung des Gedenkens durch NPD und Co. müsse endlich einer zivilgesellschaftlichen Gegenmobilisierung weichen, rief 2009 erstmals ein breites Bündnis dazu auf, Farbe zu bekennen. Etwa 10.000 Bürgerinnen und Bürger folgten dem Aufruf von „GehDenken“ und nahmen trotz Kälte am Sternmarsch durch die Innenstadt teil. Angesichts der beachtlichen Zahl extra angereicher Nazigegnerinnen und Nazigegner hätte die Zahl der Dresdener demokratischen Kräfte eigentlich deutlich größer ausfallen können und müssen: Ein Vielfaches an Menschen findet sich zusammen, wenn an anderen Samstagen Fußball gespielt wird. Zu Recht beklagten Medien, dass die 3500 TeilnehmerInnen einer antifaschistischen Kundgebung des Bündnisses „iNo pasarán!“ („Sie



werden nicht durchkommen“) durch einen außerordentlich brutalen Polizeieinsatz daran

gehindert wurden, sich wie geplant mit den anderen Demonstrationen zu vereinigen. Durch Schlagstöcke und Tränengas wurden mehrere Jugendliche verletzt. Die Unverhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes überrascht jedoch wenig angesichts des wochenlangen Lavierens der regierenden CDU, die sich bis zuletzt weigerte, Teil des zivilgesellschaftlichen Bündnisses aus Gewerkschaften, Kirchen und Parteien zu werden. Dresdens Unionsvorsitzender Rowder versuchte gar, „GehDenken“ als Veranstaltung „linker Chaoten“ zu diskreditieren. Dass die Gewalt ungeachtet solcher Entgleisungen von jenen ausgeht, die zuvor „ordentlich und anständig“ in festen Reihen durch die Stadt trauermarschiert waren, sollte auch ihm spätestens dann klar geworden sein, als deutsche und

schwedische Nazis auf einer thüringischen Raststätte Gewerkschafter und Mitglieder der LINKEN, die sich ebenfalls auf dem Rückweg aus Dresden befanden, krankenhaushausreif prügeln.

Wer hier von „neuer Qualität“ spricht, hat den Alltag der letzten Jahre verschlafen. Rechte Gewalt ist allgegenwärtig und rassistische Propaganda fällt nach wie vor vielerorts auf fruchtbaren Boden – in Sachsen, am Schlaatz und überall dort, wo Antifaschistinnen und Antifaschisten sich damit beruhigen, es würden ja genug andere Nazis und ihren Lügen entgegenzutreten. Auch im nächsten Jahr fahren wieder Busse aus Potsdam.

St. Kühne,
linksjugend [solid].potsdam
(www.solid-potsdam.de)



Linke Studierende treffen sich in Potsdam

Zum vierten Bundeskongress des Studierendenverbandes die linke.SDS werden vom 24. bis zum 26. April in Potsdam 150 Delegierte und Gäste aus dem gesamten Bundesgebiet erwartet. Zwei Jahre nach Gründung des Verbandes soll die Satzung auf den Prüfstand und eine Diskussion darüber geführt werden, wie die bestehenden Hochschulgruppen in

ihrer Arbeit besser vernetzt werden können.

Nachdem auf dem letzten Kongress im Dezember eine hochschulpolitische Strategie verabschiedet wurde, soll diese nun in Potsdam mit einer Kampagne „schöner studieren“ konkrete Formen annehmen. Mit ihren Forderungen nach einem Studienhonorar, mehr studentischen Mitsprache-

rechten und einem deutlich verbesserten Betreuungsverhältnis wollen sich die linken Studierenden Mitte Juni in den bundesweit geplanten Bildungsstreik einbringen: Den Höhepunkt der mehrtägigen Aktionen sollen am 17. Juni gemeinsame Demonstrationen von SchülerInnen, Studierenden, Lehrlingen und Auszubildenden darstellen. Ziel des Pro-

testes ist es, die Kritik der einzelnen von Bildungsabbau betroffenen Gruppen stärker als bisher zusammenzuführen und den gemeinsamen Forderungen gerade im viel beschworenen „Super-Wahljahr 2009“ mit Nachdruck Gehör zu verschaffen.

Mehr Informationen unter: <http://www.linke-sds.org/potsdam>

Die Gebote der Humanität und der Menschenrechte über eine unmenschliche Zeit hinweg aufrechterhalten...

Im Aufbau Verlag Berlin ist das von der tschechischen Oralhistorikerin Alena Wagnerov herausgegebene Buch: „Helden der Hoffnung. Die anderen Deutschen aus den Sudeten 1935 – 1989“ erschienen. „Die anderen Deutschen“, das waren die deutschen Demokraten – Kommunisten, Sozialdemokraten, Katholiken u.a. –, die bis 1938 für den Fortbestand der ersten tschechoslowakischen Republik einstanden und dafür von ihren verhetzten Landsleuten beschimpft und verfolgt wurden. Jahrelang hatten sie auch mutig den antifaschistischen Kampf in Deutschland unterstützt. Mit dem Münchner Abkommen 1938 zwischen Chamberlain, Daladier, Hitler

und Mussolini wurden sie verraten und schamlos der faschistischen Willkür ausgeliefert. Churchill bezeichnete später das Münchner Abkommen als eine „Tragödie“. Denn noch 1938 hätte eine gemeinsame Garantieerklärung für die SR durch Britannien, Frankreich und Russland ausgereicht, den Weg in den 2. Weltkrieg zu stoppen.

1945 wurden die „anderen Deutschen“, wie alle Deutschen, aus ihrer Heimat ausgewiesen. Churchill nannte das: endlich „reinen Tisch machen“. Deutlich wird dazu in dem Buch festgestellt: „Das Schicksal der deutschen Antifaschisten... lässt sich auf eine einfache Formel bringen: 1938

kämpften sie zusammen mit den Tschechen gegen die Mehrheit ihrer Volksgenossen um den Erhalt des letzten demokratischen Staates in Mitteleuropa; 1945 haben sie als Deutsche mehr oder weniger freiwillig das Land verlassen müssen“. Betroffen über diese Entwicklung – und das ist ein Grund für Ihre Forschung und die Herausgabe ihres Buches – schrieb Frau Wagnerov: „Ich fühlte, dass wir Tschechen bisher Dank und Anerkennung schuldig geblieben waren. Endlich im Sommer 2005 wurden sie durch eine Regierungserklärung des damaligen tschechischen Ministerpräsidenten Jiri Paroubek geehrt.“ Ein Teil dieser Erklärung wird im Buch

wiedergegeben. Den größten Teil des Buches nehmen naturgemäß die Lebensberichte von 15 Zeitzeugen ein. Dazu werden fast 100 weitere Zeitzeugen aufgeführt, mit denen in den Jahren 2003 bis 2007 Gespräche geführt wurden. Beeindruckend schildern die Zeitzeugen ihr Leben, ihr Hoffen und Handeln in der Zeit vor, während und nach dem Krieg. Die Umsiedlungen nach 1945 – eindeutig eine Reaktion auf vorausgegangenes Unrecht und Verbrechen – dürfen nicht, wie das vom Bund der Vertriebenen und seiner Vorsitzenden, Frau Steinbach (CDU-MdB), schamlos betrieben wird – der Bevölkerung Tschechiens angelastet werden. *Dr. Karl Köstler*

Kapitalismus kontrovers

Doch wie kapitalistisch ist die Weltwirtschaft? Welche Folgen hat die gegenwärtige Finanzkrise? Die Debatte um den Kapitalismus ist neu entfacht. Und ein innovativer Beitrag dazu kommt vom Leipziger Professor Hartmut Elsenhans. In den neuesten WeltTrends Papieren, einer neuen Reihe aus dem „Hause WeltTrends“, diskutiert Elsenhans den heutigen „Kapitalismus kontrovers“. Als entscheidend für kapitalistisches Wachstum wer-

den gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zwischen dominanten und subalternen Klassen erachtet. Elsenhans' Meinung nach erweise sich der Kapitalismus als fragiles System, dessen Entstehung nicht auf in vorkapitalistischen Gesellschaften vorhandene Interessen herrschender Klassen zurückzuführen ist, sondern ein ungeplant umgesetztes „Projekt“ der Subalternen darstellt.

Durch Profit gesteuert, hänge der Kapitalismus von der

Gegenmacht der Vielen gegen die Bereicherung der Wenigen ab, so Elsenhans, der viel über den Kapitalismus in Entwicklungsländern publiziert hat. Ob gesellschaftliche Voraussetzungen für ein durchgreifend kapitalistisches Weltssystem verwirklicht werden können, wird von ihm angezweifelt. Denn es würde weltweite Vollbeschäftigung erfordern. Für ein solches Empowerment von Arbeit aber sind die Kräfte des Kapitalismus zu

schwach. Entwicklungen, die die weltweite Schwäche von Arbeit kompensieren könnten, wie die einer „Weltzivilgesellschaft von Nichtregierungsorganisationen“, seien nicht wirksam genug. Nicht mehr Staat, sondern mehr Kapitalismus als weltweites „Empowerment von Arbeit“, das fordert Elsenhans in diesem WT-Papier Nr. 9, eine durchaus streitbare Position in einem sicherlich anspruchsvollen, aber interessanten Text. *Sascha Krämer*

Den Nummern wieder Namen geben

Der VVN-BdA-Landesverband Brandenburg hatte für den 27. Januar 2009 zum Gedenken an die Opfer des Faschismus am Denkmal für die Opfer des Faschismus auf dem Platz der Einheit eingeladen. Der hochbetagte Antifaschist der Landeshauptstadt Potsdam, Willi Frohwein, ergriff als Zeitzeuge das Wort und sprach in bewegenden Worten über die Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz vor 64 Jahren durch die Sowjetarmee und würdigte die Opfer von Faschismus und Krieg.

Und als Zeitzeuge gab es für ihn im April vergangenen Jahres ein Mut machendes Ereignis: Der Geschichtslehrer Mario Schubert von der Realschule Lengede in Niedersachsen eröffnete Willi Frohwein am Telefon, dass er ihn in Potsdam auf-

suchen möchte, weil er ein wichtiges Problem mit ihm zu bereden habe. In Potsdam offenbarte er dann, dass die Realschule Lengede Willi Frohwein bittet, seinen Namen tragen zu dürfen. Dem 85-Jährigen, der die Konzentrationslager Auschwitz als Häftling Nr. 122785, Dora/Mittelbau bei Nordhausen als Nr. 116907 und das KZ Bergen-Belsen überlebt hat, standen Tränen in den Augen.

Willi Frohwein sagte später über diesen Augenblick: „Ich war denkunfähig. Als ich mich etwas gefasst hatte, regte sich Skepsis: Schließlich wäre es eine absolute Seltenheit, wenn nicht sogar einmalig, eine Schule nach einem lebenden Zeitgenossen zu benennen.“ „Das bekommst Du nie durch“, sagte der Antifaschist zum Lehrer. Er irrte. 500 Mädchen und

Jungen in Lengede, das Lehrerkollegium und die Eltern entschieden einstimmig, die Realschule soll den Namen des Potsdamer Antifaschisten tragen. Selbst der Landrat des Kreises Peine, Franz Einhaus, bejahte den Vorschlag.

Wie kam es dazu? Im Jahr 2000 nahmen Schüler an einem Forschungsprojekt im ehemaligen KZ Dora/Mittelbau teil. Dort lernten sie Willi Frohwein kennen. Sie waren von dessen Schilderungen so beeindruckt, dass sie ihn zu sich nach Lengede einluden. Und Willi fuhr hin, denn die Projektteilnehmer wollten, dass auch ihre Mitschüler aus beruflichem Mund erfahren, was Willi Frohwein erlebt hatte, wie sein Leben geprägt wurde durch die Leiden in der Nazizeit und in Konzentrationslagern.

Wie, fragten sich die Schüler anschließend, soll man einem solchen Menschen danken? So reifte die Idee, Willi Frohwein in einem symbolischen Akt seinen Namen wiederzugeben, öffentlich, dauerhaft, an der Schule weithin sichtbar – und stellvertretend für all jene Menschen, denen die Nazis in den KZs die Namen genommen und sie zu Nummern degradiert hatten.

Seit April 2008 trägt nun die älteste Realschule in Lengede offiziell den Namen „Willi-Frohwein-Schule“.

Das lässt die Überlegung zu: Willi Frohwein ist ebenso wie der Antifaschist Otto Wiesner Ehrenbürger Potsdams. Könnte nicht auch hier eine Schule dem Beispiel von Lengede folgen?

Helga Bornstädt



Elsenhans, Hartmut: Kapitalismus kontrovers: Zerklüftung im nicht so sehr kapitalistischen Weltsystem / Hartmut Elsenhans. - Potsdam: Universitätsverlag Potsdam, 2009. - 51 S. (WeltTrends-Papier 9) ISSN 1864-0656 ISBN 978-3-940793-67-6 Preis: 5,00 Euro Bestellung unter: <http://info.ub.uni-potsdam.de/cgi-bin/publika/view.pl?id=467>

Mein besonderes Erlebnis...

Die PaS lesen, Irland sehen und hören und unverhofft alte Bekannte treffen

Zum ersten Mal nahm ich die „tips & termine“ auf der letzten Seite von PaS über Veranstaltungen der Dahlweid Stiftung so ernst, dass ich mich am 31. Januar nachmittags mit dem Fahrrad auf den Weg machte, um im Klub der Dahlweid Stiftung, Edisonallee 11, im Wohngebiet „Zentrum-Ost“ ein Konzert zu besuchen.

Angekündigt war ein Livekonzert der besonderen Art – „Klassische Irische Folklore im Konzert – Melodien zum Zuhören und Träumen“ mit dem Duo „Turlough“.

Sehr zeitig angeradt war ich erstaunt zu sehen, dass die Plätze im Raum schon fast alle besetzt waren. Das war die erste Überraschung.

Die zweite folgte gleich. Einen

der Musiker und einen der Gäste erkannte ich als ehemalige Teilnehmer des Jahreslehrganges an der BPS Potsdam, wohl der Jahre 1987/88.

Ich hatte mit ihnen die Philosophie und Teile des wissenschaftlichen Kommunismus behandelt. Ob es geholfen hat, fragen sie sich heute vielleicht auch.

Vor dem Konzert gab es die Möglichkeit, sich von überaus freundlicher Bedienung Kaffee und Torte servieren zu lassen, was ich natürlich gern in Anspruch nahm (auch wegen der moderaten Preise).

Sehr feinfühlig, in schöner Sprache stellte Ingrid Püschel die Musiker Andreas Bischoff (Gitarre, 12-String-Gitarre, Gesang) und

Frank Schmidt (Tin-Whistle, Keyboard, Gesang) und das folgende Konzert vor.

Es war wirklich ein besonderes Erlebnis, den von den beiden Hobbymusikern liebevoll vorgebrachten und zu Herzen gehenden Melodien des irischen Nationalkomponisten Turlough O'Carolan zuzuhören.

Persönliche Eindrücke dieser kleinen grünen Insel vermittelten Fotos von dieser rauen Landschaft und dem Meer und den immergrünen Wiesen dazwischen.

Bei mir, in mir hat sich die Hoffnung des Duos „Turlough“ erfüllt: Ich konnte die Lebensfreude und den Optimismus, aber auch die Schwermut und die Trauer dieses kleinen Inselvolkes nachempfinden.

Danke den Musikern und der Dahlweid Stiftung.

In der nächsten Nummer der PaS werde ich wieder nach interessanten Veranstaltungen der Dahlweid Stiftung suchen. Vielleicht treffe ich dann in der Edisonallee wieder alte Bekannte, solche, die ich lange, lange nicht mehr gesehen habe.

*In Weh- und/oder Schwermut
Wolfgang Preller*

P.S. Das nun schon 4. Konzert mit dem Duo „Turlough“ ist für Sonnabend, den 25. April, geplant!



Babelsberg Hitradio on air

Am 17. Mai 2007 ging „14482 Babelsberg Hitradio“ zum ersten Mal auf Sendung – das erste Internet Radio für Potsdam und Umgebung. Im Internet zu erreichen unter: www.babelsberg-hitradio.de

Ziel ist es, Informationen rund um den Potsdamer Stadtteil Babelsberg in einer Mischung von Musik zu bieten.

Seit Sendebeginn erhöhten sich stetig die Zuhörerzahlen, was die Macher zum Anlass genommen haben, auch über den Stadtteil Babelsberg hinaus zu berichten. Zur Zeit kann der Sender täglich auf ca. 4.000 Hörer verweisen. Im momentanen Programm sind regelmäßige Sendungen wie „Babelsberg Am Morgen“, „Wunschhits“, „After Work Party“ und themenbezogene Sendungen. In der Sendung „Babelsberg Am Morgen“ erhalten die Zuhörer jeden Morgen regionale Informationen rund um den Stadtteil sowie Berlin und Brandenburg. In der Sendung „Wunschhits“ haben die Zuhörer die Möglichkeit, mit ihren

Wünschen und Grüßen die Sendung zu gestalten. Weitere regionale Informationen erhalten die Zuhörer in der „After Work Party“. Ziel der Sendung ist es, den Feierabend einzuläuten, bevor es im Anschluss mit themenbezogenen Sendungen wie z.B. „Blue Monday“ losgeht.

Ab März startet eine neue Sendung, von Montag-Freitag um 12.00 Uhr „14482 Das Hit Büro“.

Stets sind die Macher bemüht, auch die Jugend zu Wort kommen zu lassen. Daher arbeiten sie mit der Goethe-Gesamtschule Potsdam eng zusammen. Zur Zeit läuft sehr erfolgreich das Projekt „schoolFM“, wo die Schüler die Möglichkeit haben, ihr eigenes Schulradio zu gestalten.

Seit dem Sendestart werden die Spiele der Frauenfußball-Bundesliga Mannschaft „1.FFC Turbine Potsdam“ „live“ übertragen.

Ab März 2009 gibt es zusätzlich die Möglichkeit, den Sender auf der Frequenz 104,35 Mhz über das Kabelnetz der „TeleColumbus Gruppe“ zu empfangen.

tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine • tips & termine

Dienstag, 03.03.2009, 14.30 Uhr: „Wenn wir auch zwei sind, unser Glück ist eins, mein Liebster hat mein Herz und ich hab' seins“ aus dem Leben einer außergewöhnlichen Frau – Jenny von Westphalen *Dahlweid

Donnerstag, 05.03.2009, 16.30 Uhr: Sitzung des Behindertenbeirates Potsdam, Haus der Begegnung, Zum Teufelssee 30 u. a. mit Diskussion über den Behindertenbericht der Landeshauptstadt Potsdam und die Änderung der Hauptsatzung der Stadt Potsdam.

Donnerstag, 05.03.2009, 18.00 Uhr: Potsdamer Donnerstagsgespräch zu aktuellen Themen von Politik, Wirtschaft und Kultur. Moderator: Matthias Krauß (Potsdam) **RLS

Donnerstag, 05.03.2009, 19.00 Uhr: Talk mit Direktkandidaten im Landtagswahlkreis 22. Podiumsteilnehmer: Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg, DIE LINKE; Mike Schubert, SPD; Steven Breetz, CDU. Club 18, Pietschkerstraße (neben der Stern-Kirche)

Sonntag, 07.03.2009, 11.00 Uhr: Potsdam, Filmmuseum, Breite Str. 1 - Filmmatinee und Podiumsdiskussion aus Anlass des 138. Geburtstages von Rosa Luxemburg. Es läuft der Film „Rosa Luxemburg“ (R.

Margarethe von Trotta, D 1986) „Nachgeboren“. Lieder und Texte zu Rosa Luxemburg von Christa Müller, Musik Christian Kozik. **RLS

Sonntag, 08.03.2009, 10 – 12 Uhr: Rathausreport „live“ im Bürgerhaus am Schlaatz. 1. Teil: Bericht aus der Stadtverordnetenversammlung vom 4. März 2009. 2. Teil mit Stand zu kleiner Kaufhalle am Standort Schilfhof; Radweg Drewitzter Straße; Schilfhof 20, Nachbarschaftsinitiative.

Montag, 09.03.2009, 14.30 Uhr: „Die großen Seen und Prärien“ Ein Spaziergang mit Karl Kreutz. Zwischen den großen Seen und Prärien öffnet sich ein Land von fast unendlicher Weite. *Dahlweid

Dienstag, 10.03.2009, 14.30 Uhr: „Ans andere Ende der Welt – Reise nach Neuseeland“ (Teil 3). Eine interessante Reise aus der Reihe „Ferne Länder – fremde Kulturen – nahegebracht“ mit Dr. Rolf Rönz. *Dahlweid

Dienstag, 10.03.2009, 17 - 18.30 Uhr: Sprechstunde Dr. Scharfenberg, MdL, Bürgerbüro, Galileistraße 37/39; Telefon: 0331/6005069 Mail: wkscharfenberg@aol.com

Dienstag, 10.03.2009, 18.00 Uhr: „Die Welt, in der wir leben“. Zur politischen und wirtschaftlichen Situation in Rumänien. Vortrag und Diskussion mit Prof. Dr. Anton Latzo (Langerwisch); Moderation: Dr. Arnold Schölzel (Berlin). **RLS

Donnerstag, 12.03.2009, 18.00 Uhr: Potsdamer Buchpremiere: „Die DDR zwischen Gründung, Aufstieg und Verkauf“, Nora Verlag Berlin 2008 Buchvorstellung und Diskussion mit dem Autor, Botschafter a.D. Dr. Joachim Mitdank (Berlin). **RLS

Sonntag, 15.03.2009, 11.00 Uhr: Potsdam, Kabarett Obelisk, Charlottenstr. 31. MATINEE am SONNTAG. 7. Folge: Käthe Reichel in „Schauspieler – Texte – Meinungen“. Käthe Reichel liest Texte zu einem selbstgewählten Thema. Anschließend Gespräch. **RLS

Montag, 16.03.2009, 14.30 Uhr: „Das System von Hartz IV“. Gesprächsrunde über wichtige Rechtsfragen des Alltags mit dem Rechtsanwalt und Notar, Karlheinz Sendke, *Dahlweid

Dienstag, 17.03.2009, 18.00 Uhr: Vor-Ort-Sitzung des Sozialausschusses der Stadtverordnetenversammlung Potsdam. Ort: Diakonie-Werkstätten, Hermannswerder 5. Ab 17:30 Uhr besteht die

Möglichkeit einer Besichtigung der Werkstätten mit dem Geschäftsführer, Herrn van Leeuwen

Freitag, 20.03. bis Montag, 23.03.2009, jeweils 10 – 18 Uhr: 4. Brandenburgische Senioren- und Gesundheitsmesse Ort: Metropolis-Halle

Montag, 23. März 2009, 14.30 Uhr: „Heiter und Besinnlich – Gedichte und Geschichten“. Ein literarischer Nachmittag mit eigenen Gedichten und Geschichten – heiter und besinnlich – mit dem Literaturclub für Behinderte unter Leitung von Walter Flegel. *Dahlweid

Dienstag, 24.03.2009, 14.30 Uhr: „Wie entwickelt sich unser Havel-Nuthe-Park?“ Dr. Herbert Schlomm erzählt, wie wir den Park immer besser nutzen und erhalten. *Dahlweid

Mittwoch, 25.03.2009, 13.30 Uhr: „18, 20, Buben raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karl-Heinz Kunicke. *Dahlweid

Donnerstag, 26.03.2009, 18.00 Uhr: Potsdam, Altes Rathaus, Am Alten Markt - Potsdamer Profile: Frauenpolitik im Spiegel der Macht Gastgeberin und Moderatorin Anita Tack (MdL, DIE LINKE). **RLS

Freitag, 27.03.2009, 10 bis 16 Uhr: Potsdam, Altes Rathaus, Am Alten Markt - 11. Friedens- und Militärpolitisches Symposium: „Der 70. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges und die besondere Verantwortung Deutschlands für die Erhaltung des Friedens“. **RLS

Montag, 30.03.2009, 14.30 Uhr: Die Dahlweid-Stiftung, das Bündnis der Kurden und Kurdischen Vereins Berlin-Brandenburg und der Stadtverordnete Pete Heuer, DIE LINKE, laden herzlich ein zum „Kurdischen Neujahrsfest NEWROZ“. Neben Informationen zu NEWROZ stehen kurdische Musik und kulinarische Köstlichkeiten im Mittelpunkt der Veranstaltung. *Dahlweid

Dienstag, 31.03.2009, 14.30 Uhr: „Mein Indien – persönliche Erlebnisse bei einer Reise durch das Land der Kontraste – Kolkata und die Sunderbans“ Ingrid Püschel erzählt in ihrem Film von ihren Erlebnissen und Begegnungen mit liebenswerten Menschen im Land der Kontraste. *Dahlweid

*Dahlweid – Dahlweid-Stiftung, Edisonallee 11 Zentrum-Ost
**RLS – Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustraße 53